

Elke Larcher
Martina Zandonella
Andreas Kastner

Momentum Kongress 2014
„Emanzipation“
16.-19. Oktober 2014

Beitrag

Schulische Politische BildnerInnen in Wien zwischen Befähigung zur Emanzipation und sozialem Lernen

Auch wenn ein grundlegendes Verständnis für politische Konzepte bereits im Alter von 6 Jahren aufgezeigt werden kann (Van Deth, Abendschön et al. 2011), gilt das Jugendalter in Hinblick auf die politische Sozialisation als besonders relevant. Dies liegt zum einen an der bereits fortgeschrittenen kognitiven Entwicklung in diesem Alter und zum anderen daran, dass während dieses Zeitraums wesentliche Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung stattfinden (u.a. Niemi & Hepburn 1995; Krampen 2002).

In einer demokratischen Gesellschaft kommt damit der zentralen Bildungseinrichtung im Jugendalter - der Schule - eine besondere Bedeutung zu. Im Unterschied zur Staatserziehung und Indoktrination in autoritären Regimen, brauchen lebendige demokratische Gemeinwesen aktive BürgerInnen, die fähig sind selbstständig und selbstreflexiv politische Entscheidungen zu treffen und diese in konkrete politische Beteiligung umzusetzen. In Anbetracht der post-demokratischen Verengung politischer Entscheidungs- und Handlungsräume kommt dem geflügelten Wort von der Demokratie als „die einzige politische verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“ (Negt 2010) besondere Aktualität zu. Die LehrerInnen, die ihren Beitrag zur politischen Bildung leisten sollen, stehen jedoch mitunter recht alleine auf diesem weiten Feld. Das Wissen über ihre konkrete Unterrichtspraxis erschöpft sich häufig in anekdotischer Evidenz. Um Rolle der Lehrkräfte, ihre Zugänge und ihr Verständnis von Politischer Bildung erstmals genauer zu untersuchen, wurde die vorliegende Studie vom Zentrum für Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien und der Arbeiterkammer Wien beauftragt und von SORA im Schuljahr 2013/14 durchgeführt.

Politische Bildung in Österreich

Die schulische politische Bildung wird in Österreich durch den Grundsatzterlass Politische Bildung (1978, unverändert wiederveröffentlicht im Jahr 1994) geregelt. Diesem Erlass entsprechend ist politische Bildung in allen Unterrichtsgegenständen, in allen Schultypen und allen Schulstufen ein Unterrichtsprinzip. Neben der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen,

¹ https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/uek/pb_grundsatzterlass_15683.pdf?4dzgm2

der Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten sowie dem Wecken von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln hat politische Bildung laut Erlass als integraler Unterrichtsbestandteil auch wertorientierte Ziele.

Vor einigen Jahren wurde zusätzlich mit der Neugestaltung des Fachs Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung der Schwerpunkt von politischer Bildung in den achten Schulstufen gesetzt. Der Lehrplan ist durch Kompetenzorientierung charakterisiert - ein Konzept, das im Auftrag des zuständigen Ministeriums von nationalen und internationalen ExpertInnen entwickelt wurde. Das Ziel der sogenannten „kompetenzorientierten Bildung“ ist ein reflektiertes und (selbst-)reflexives politisches Bewusstsein. Dabei geht es nicht primär um den Erwerb von Wissen (dieses hat v.a. instrumentellen Charakter), sondern um die Befähigung zu politischem Denken und Handeln:

„Jugendliche sollten durch Politische Bildung in die Lage versetzt werden, jene Kompetenzen zu erwerben, die es ihnen erlauben, selbstbestimmtes politisches Denken zu entwickeln und aufrechtzuerhalten sowie an politischen Prozessen eigenverantwortlich und aktiv teilzunehmen.“ (Krammer 2008)

Insgesamt wurden vier politische Kompetenzen definiert, die ausgehend von der Lebens- und Erfahrungswelt der SchülerInnen vermittelt werden sollen: politische Urteils-, Handels-, Methoden- und Sachkompetenz (u.a. Krammer 2008). Da die Pflichtschule - ganz im Sinne ihres Namens - jener Teil des Bildungssystem ist, der von allen Kindern und Jugendlichen besucht wird, fokussiert diese Studie auf die Volksschulen und die Sekundarstufe 1. Die Facettenreichen Formen der Politischen Bildung in der Sekundarstufe 2 mit ihren unterschiedlichen Fächerkombinationen sind nicht Teil dieser Untersuchung.

Die LehrerInnen, die laut Grundsatzverordnung alle ihren Beitrag zur politischen Bildung leisten sollen, stehen mitunter recht alleine auf diesem weiten Feld, die ambitionierten Ziele haben sich bisher nicht entsprechend in Aus- und Weiterbildungen niedergeschlagen. Auch der 2008 installierte Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien wurde inzwischen wieder eingespart. Gleichzeitig liegt es an diesen Lehrpersonen den Kindern und Jugendlichen in der Schule den politischen Versuchs- und Lernraum für emanzipatorische Bildung zu schaffen. Daher scheint es geboten vor dem Einstieg in die Studienergebnisse noch einen kurzen Blick auf die LehrerInnenbildung im Bereich der Politischen Bildung in Wien zu werfen.

Exkurs Ausbildungen zur Politischen Bildung in Wien

Da die vorliegende Studie nur Lehrkräfte in Wien untersucht, werden hier nur die Wiener Ausbildungsstätten behandelt. Grundsätzlich richtet sich die Ausbildungsstätte der LehrerInnen in Österreich nach dem Schultyp. VolksschullehrerInnen werden grundsätzlich in den Pädagogischen Hochschulen ausgebildet. Ein „Bachelor of Education“ der zum Unterrichten in Volksschule berechtigt wird in Wien von der Katholischen Pädagogischen Hochschule

(KPH) und von der Pädagogischen Hochschule Wien angeboten und umfasst jeweils 180 ECTS. Das Volksschullehramt kennt keine „Unterrichtsfächer“ sondern maximal Schwerpunktesetzungen innerhalb der allgemeinen Lehrbefugnis. Beide Pädagogischen Hochschulen bieten auch ein Bachelor-Lehramtsstudium für die NMS (früher Hauptschule) im Umfang von 180 ECTS an. Im Gegensatz zum VS-Lehramt muss im Rahmen des NMS-Lehramtes ein Erstfach (zB Deutsch, Mathematik,...) und ein Zweifach (zB Geschichte/Sozialkunde und Politische Bildung, BE, Musik, ...) ausgewählt werden. Der Umfang der fachwissenschaftlichen und –didaktischen Module im Zweifach variiert aufgrund des Studiendesign zwischen 35 ECTS an der KPH und 42 ECTS an der PH Wien.

Die Lehrkräfte für die AHS-Unterstufe werden in Österreich nicht an den pädagogischen Hochschulen sondern an den Universitäten im Rahmen eines fachspezifischen Lehramtsstudiums ausgebildet. Das Lehramtsstudium umfasst an der Uni Wien 240 ECTS wobei je 100 ECTS auf eines der beiden zu wählenden Unterrichtsfächer entfällt.

Betrachtet man die spezifischen Lehrinhalte² zur Politischen Bildung im Rahmen der Studien an den beiden pädagogischen Hochschulen und der Universität Wien zeigt sich die geringe Bedeutung der Politischen Bildung in der LehrerInnen-Ausbildung. Im verpflichtenden Teil der allgemeinen LehrerInnenausbildung kommt Politische Bildung so gut wie nicht vor. Einzig die KPH Wien hat eine Pflichtlehrveranstaltung im NMS-Lehramt vorgesehen. Im VS-Studium kommt die Politische Bildung als ein Teilaspekt im Rahmen des Moduls „Schule in einer pluralen Gesellschaft“ vor. An der PH Wien findet das Thema in beiden Lehramtsstudien nur im Rahmen von Wahlpflichtfächern im Umfang von 6 ECTS statt. Selbiges gilt für das Wahlfachmodul „Schulwelten“ an der Universität Wien.

Betrachtet man die Lehramtsstudien für das Unterrichtsfach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ in der Sek 1 verdeutlicht sich das Problem des Kombinationsfaches. Zwar schwankt der Anteil zwischen 22% an der KPH Wien und 10% an der Uni Wien. Politische Bildung führt aber im Vergleich zur Geschichtswissenschaft und –fachdidaktik noch immer ein Schattendasein.

Institution	Lehramt	ECTS allg.	ECTS PB allg.	ECTS pro Unterrichtsfach	ECTS PB	ECTS PB Wahlpflichtmodule
PH Wien	VS	180	0	-	-	6
KPH Wien	VS	180	(5)	-	-	
PH Wien	NMS	180	0	42	9	6
KPH Wien	NMS	180	1,5	35	8	2,5
Uni Wien	AHS	240	0	100	10	5 allg. + 10 Wahlfächer

² Berechnet werden spezifische Inhalte zu den Kompetenz der Politischen Bildung. Nicht gezählt werden verwandte Themen (Gendersensibilität, interkulturelles Lernen, Zeitgeschichte) und allgemeine Methodenfächer.

Methode und Studiendesign

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird ein umfassender Blick auf die politische Bildung in den Wiener Schulen geworfen. Wo verorten die Wiener LehrerInnen politische Bildung? Was verstehen Sie unter politischer Bildung? Welche Erwartungen und Befürchtungen in Bezug auf politische Bildung spielen eine Rolle? Welche Art politische Bildung findet in Wien statt?

Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, wurde eine Erhebung unter LehrerInnen an Wiener Volksschule und Wiener Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Befragt wurden alle LehrerInnen, unabhängig von ihrem Unterrichtsfach und unabhängig davon, ob sie selbst sich als politische BildnerInnen bezeichnen.

An der Erhebung haben schließlich insgesamt 476 Wiener LehrerInnen - 201 VolksschullehrerInnen und 275 LehrerInnen der Sekundarstufe 1 –teilgenommen.

Bei der Interpretation von Gruppenunterschieden sind für die vorliegenden Stichproben folgende Konfidenzintervalle zu berücksichtigen:

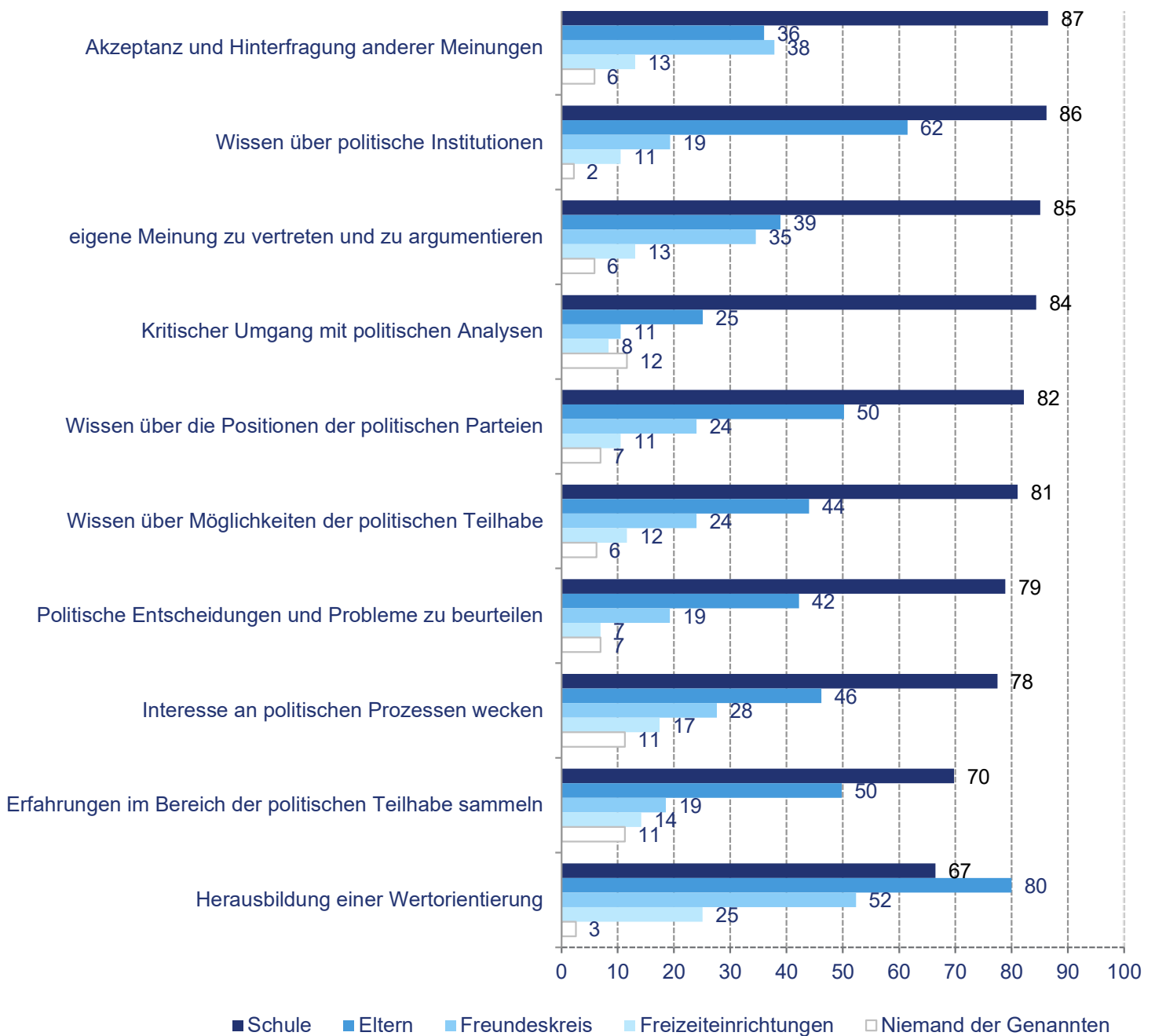
- LehrerInnen gesamt (n=476): +/- 4,5%
- VolksschullehrerInnen (n=201): +/- 6,9%
- LehrerInnen der Sekundarstufe 1 (n=275): +/- 5,9%

Schule macht politische Bildung

LehrerInnen finden politische Bildung wichtig: Nicht etwa die Medien, Eltern oder FreundInnen sind primär für die politische Bildung der SchülerInnen verantwortlich. Aus Sicht der Wiener PflichtschullehrerInnen hat die Schule einen wesentlichen Auftrag in der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Auch der Kompetenzerwerb im Bereich der politischen Bildung wird von allen LehrerInnen in der Schule verortet.

Abbildung 1 Verortung politischer Bildung

Wo eignen sich SchülerInnen folgende Fähigkeiten an?



Politische Bildung beginnt in der Schule außerdem nicht erst mit 10, 14 oder 16 Jahren, die LehrerInnen - insbesondere die VolksschullehrerInnen selbst - sehen hier bereits die Volksschule gefordert.

Die Einschätzung der Sekundarstufe 1 - LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen differenziert hinsichtlich der Wichtigkeit des außerschulischen Bereichs für die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen: Hauptschul- und NMS-LehrerInnen schreiben dem Freundeskreis und Freizeiteinrichtungen eine deutlich größere Bedeutung zu als AHS-LehrerInnen.

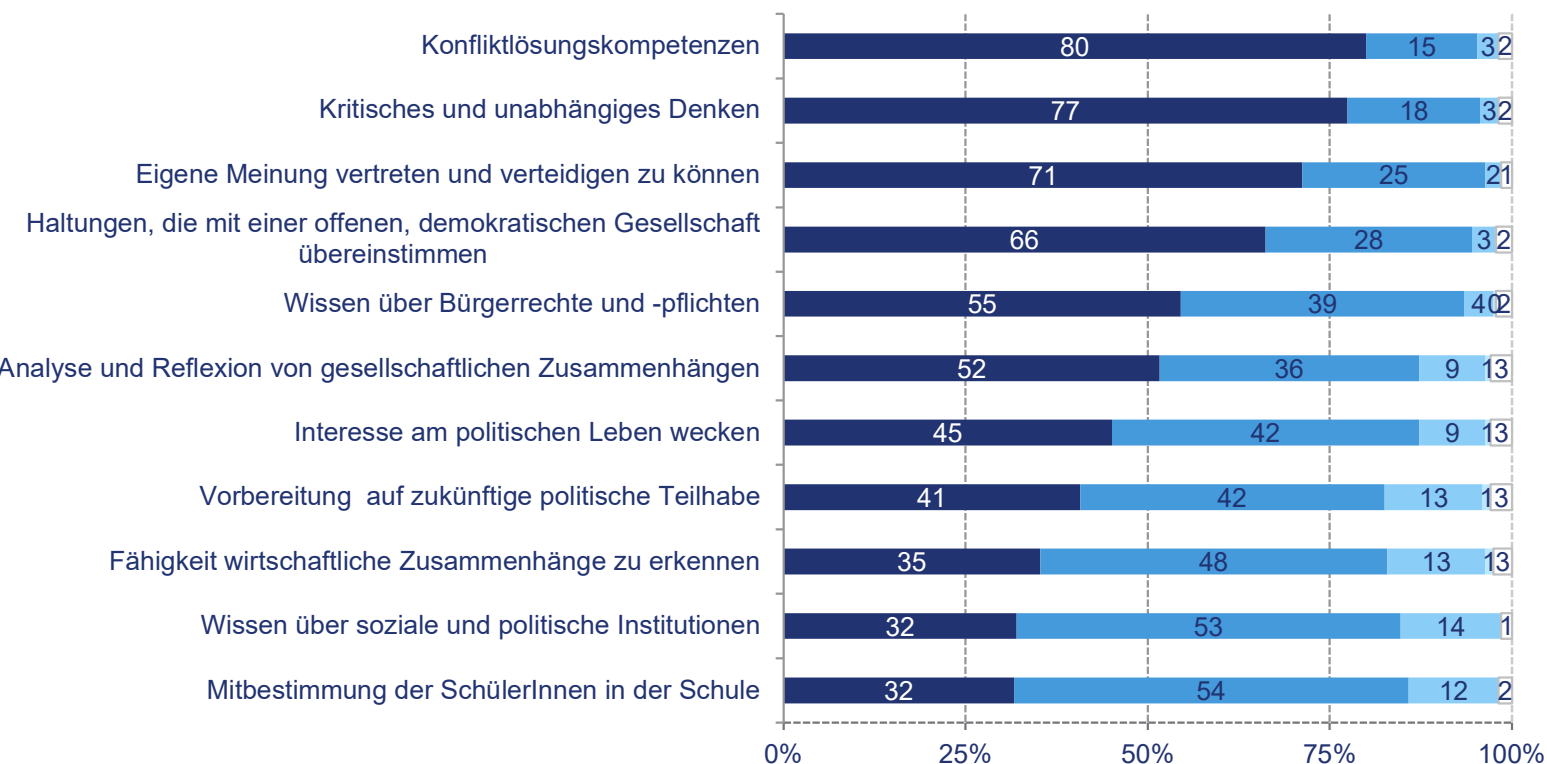
Auch VolksschullehrerInnen sehen die Schule als entscheidende Institution im Bereich der politischen Bildung. Verglichen zu den LehrerInnen der Sekundarstufe 1 schreiben sie jedoch den Eltern einen deutlich größeren Beitrag zu.

Konfliktlösung anstelle von Institutionslehre

Worin genau liegt nun – den LehrerInnen zufolge – der Auftrag der Schule, wenn von politischer Bildung gesprochen wird? Fast alle LehrerInnen sehen in der Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen eine zentrale Aufgabe der Schule im Bereich der politischen Bildung. Weiters finden LehrerInnen der Sekundarstufe 1 die Vermittlung von kritischem und unabhängigem Denken sowie der Kompetenz, die eigene Meinung vertreten und verteidigen zu können, wesentlich. Man kann hier einen Wandel im Verständnis der Aufgaben der Schulen beobachten: LehrerInnen setzen heute kaum auf Institutionslehre, vielmehr geht es um die Förderungen von Kompetenzen wie Konfliktlösung und kritisches Denken. Dieser Anspruch der LehrerInnen wird dabei durchaus der stärkeren Kompetenzorientierung, wie sie auch im Kompetenzmodell für politische Bildung definiert wird, gerecht. Die LehrerInnen priorisieren die vier Kompetenzen jedoch unterschiedlich: Während die Urteilskompetenz einen hohen Stellenwert in den Vorstellungen der LehrerInnen einnimmt, sind die Handlungskompetenz, die Methodenkompetenz sowie die Sachkompetenz deutlich nachgereiht.

Abbildung 2 Verständnis politischer Bildung (Sekundarstufe1)

Welchen Wert soll die Vermittlung und Förderung folgender Aspekte in der Schule einnehmen?



Auch innerhalb der LehrerInnen der Sekundarstufe 1 (S1) und der Sekundarstufe 2 (S2) gibt es Unterschiede im Verständnis politischer Bildung. Die S1-LehrerInnen betonen die Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen (Urteilskompetenz bzw. Handlungskompetenz) als wichtigeren Teil der politischen Bildung betrachten, betonen die S2-LehrerInnen die Analyse und Reflexion gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Zusammenhänge (Sachkompetenz) stärker.

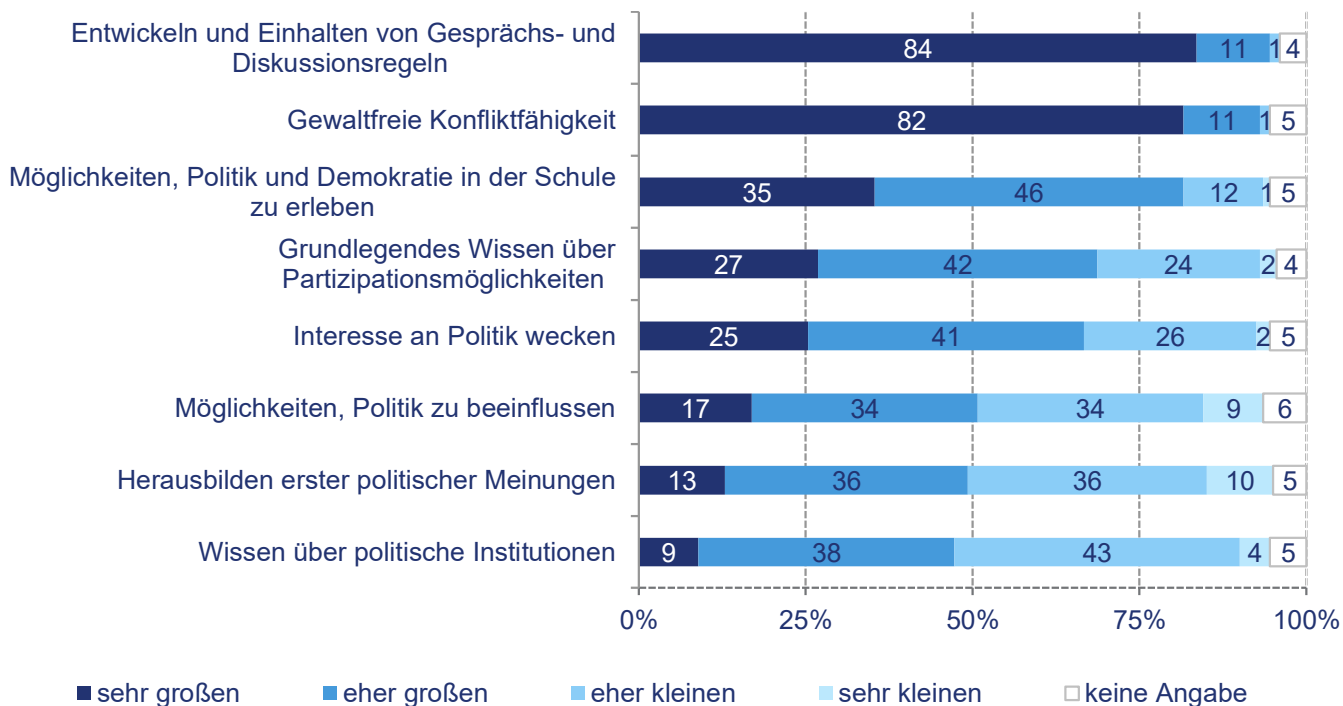
LehrerInnen: Während erstere die Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen (Urteilskompetenz bzw. Handlungskompetenz) als wichtigeren Teil der politischen Bildung betrachten, betonen die AHS-LehrerInnen die Analyse und Reflexion gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Zusammenhänge (Sachkompetenz) stärker.

Politik in Volksschulen

Politische Bildung ist längst in der Volksschule angekommen. VolksschullehrerInnen betrachten ihre Schulform als zuständig für die Vermittlung der grundlegenden Basis für ein friedliches und gemeinschaftliches Zusammenleben. Aus ihrer Sicht ist daher die Kompetenz, gewaltfrei Konflikte zu lösen sowie das Entwickeln und Einhalten von Gesprächs- und Diskussionsregeln besonders wichtig. Auffallend sind bei den VolksschullehrerInnen auch die normativen Ansprüche, die sie an ihre politische Bildung stellen: So nimmt die Erziehung zu Toleranz und Gerechtigkeit einen wichtigen Stellenwert ein.

Abbildung 3: Verständnis politischer Bildung (Volksschulen)

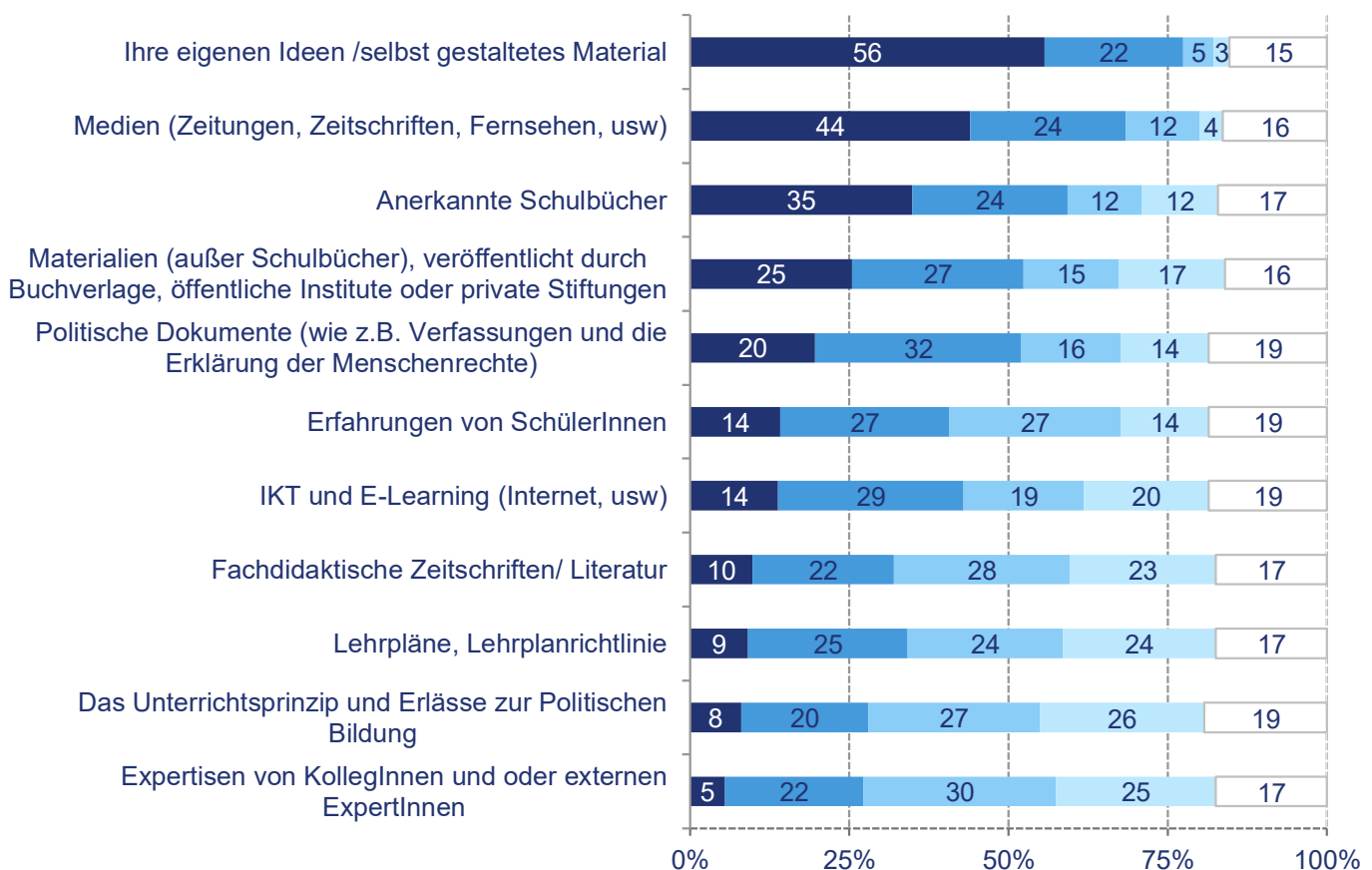
Welchen Wert soll die Vermittlung und Förderung folgender Aspekte in der Schule einnehmen?



Politische Bildung in Wiener Schulen

Ein wesentlicher Befund der Studie zur politischen Bildung ist, dass politische Bildung nicht wie andere Unterrichtsgegenstände entsprechend den Lehrplänen und Lehrplanrichtlinien unterrichtet wird. Anstelle der Fachdidaktik rückt eine subjektive Umsetzung des Lehrauftrages zur politischen Bildung, die stark von der einzelnen Lehrperson abhängt. Die LehrerInnen verlassen sich in der Vorbereitung hauptsächlich auf ihre eigenen Ideen und selbstgestaltetes Material. Darüber hinaus greifen sie auf Medien (Zeitungen etc.) sowie Schulbücher zurück, eine untergeordnete Rolle spielen Lehrpläne und Erlässe. Die Erfahrungen der SchülerInnen werden im Rahmen von politischer Bildung vergleichsweise selten von den LehrerInnen aufgegriffen. Jene LehrerInnen, die die Erfahrungen der SchülerInnen mit einbeziehen, berichten jedoch von sehr positiven Erfahrungen damit.

Abbildung 4 Vorbereitung politischer Bildung (Sekundarstufe 1)



LehrerInnen erzählen in der Befragung noch mehr davon, wie sie politische Bildung vermitteln und womit sie positive Erfahrungen gesammelt haben.

So greifen sie beispielsweise gerne aktuelle Geschehnisse in ihrem Unterricht auf. Auch das Miteinbeziehen der Erfahrungen und Erlebnisse der SchülerInnen erscheint den LehrerInnen besonders ziel-

■ häufig ■ manchmal ■ selten ■ nie □ keine Angabe

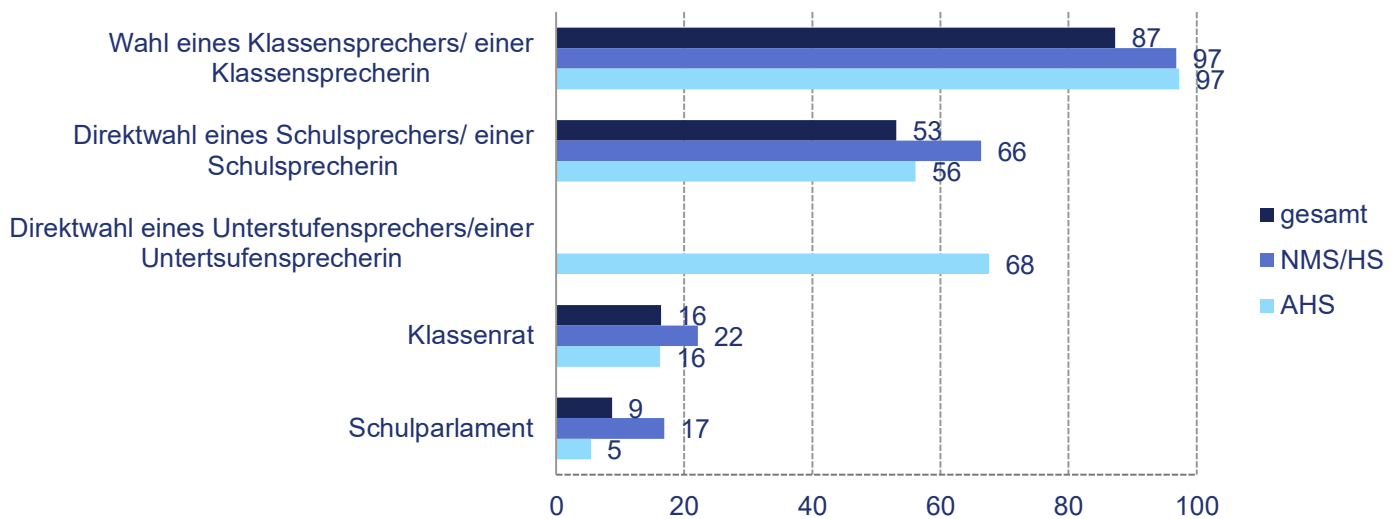
führend. Im eigenen Klassenzimmer gelebte Demokratie schafft den Berichten zufolge ein wesentliches Verständnis für Politik und Demokratie.

Manche LehrerInnen sind sehr kreativ dabei, wie sie Kindern und Jugendlichen Demokratie und Politik näher bringen. Sie berichten beispielsweise von Rollenspielen, bei denen die SchülerInnen in die Haut politischer AkteurInnen schlüpfen.

Demokratie im Klassenzimmer

Das Erleben und Leben von Demokratie im Schulkontext führt zu einem tiefergehenden Verständnis von politischen Prozessen sowie zu höherer politischer Selbstwirksamkeit und ist daher als zentraler Bestandteil politischer Bildung anzusehen. In den Wiener Schulen sind schuldemokratische Elemente weitverbreitet, selbst in den Volksschulen finden Abstimmungen, Klassenrat und Wahlen statt. Allerdings kann beobachtet werden, dass diese demokratischen Elemente eher formal abgehandelt werden: Nach Selbsteinschätzung der LehrerInnen gelingt ihnen die Mitgestaltung und Mitbestimmung des Unterrichts durch die SchülerInnen nur mäßig und oftmals fehlt es an den zentralen Begleitungen sowie Vor- und Nachbereitungen schuldemokratischer Prozesse.

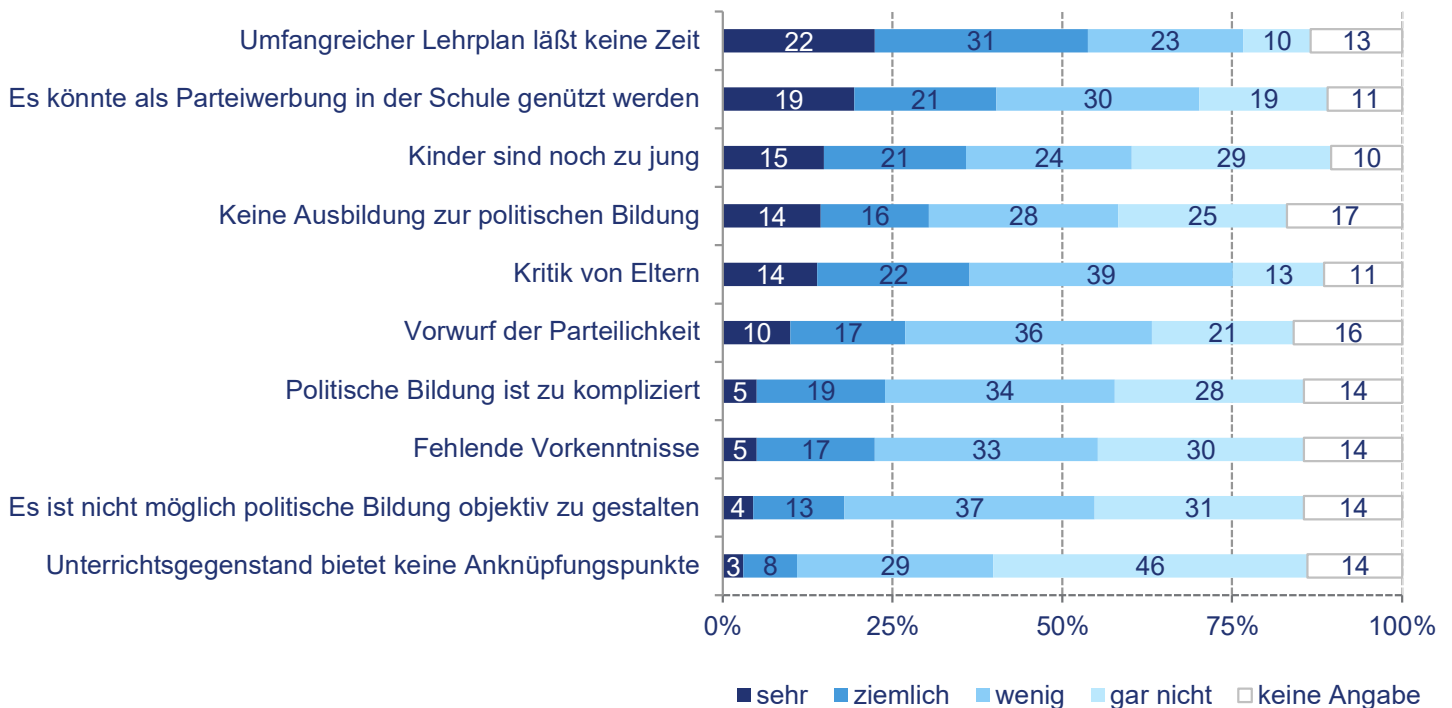
Abbildung 5 Schuldemokratie (Sekundarstufe1)



Keine Angst vor Politik in der Schule

Die typischen Vorurteile gegenüber politischer Bildung, beispielsweise die Subjektivität von politischer Bildung, äußert nur ein kleiner Teil der LehrerInnen. Vielmehr sehen die LehrerInnen Schwierigkeiten aufgrund von strukturellen Problemen. So lässt der umfangreiche Lehrplan keine Zeit für politische Bildung oder den LehrerInnen fehlt die Ausbildung, um politische Bildung zu vermitteln. Von diesen Schwierigkeiten berichten selbst LehrerInnen, die Geschichte unterrichten und im Erweiterungsfach den konkretesten Auftrag erhalten.

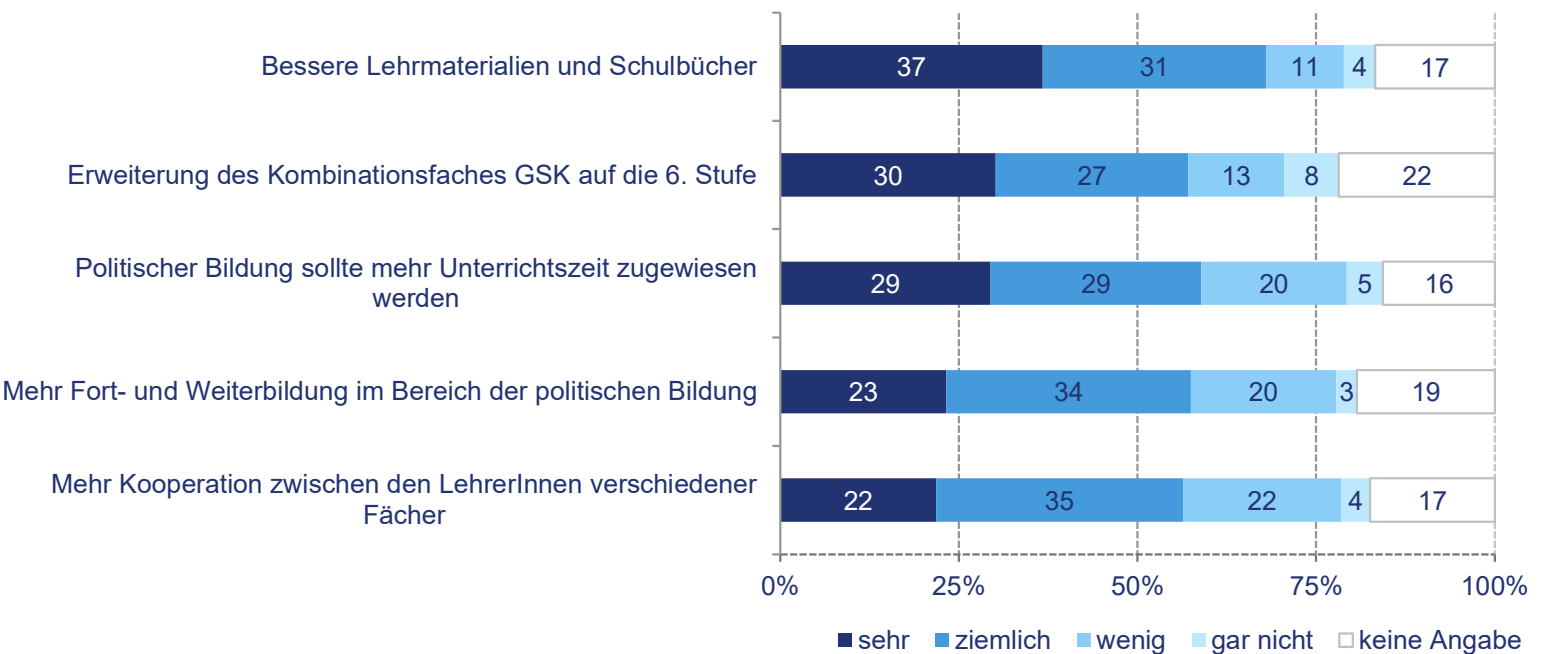
Abbildung 6 Ängste und Befürchtungen rund um politische Bildung (Volksschulen)



Mehr politische Bildung

Die LehrerInnen wünschen sich mehr Zeit für politische Bildung in der Schule aber auch bessere Lehrmaterialien und Schulbücher sowie die Ausweitung des Kombinationsfaches GSK/Politische Bildung auf die 6.Schulstufe.

Abbildung 7 Aspekte die bei politischer Bildung unterstützen würden



Fort- und Weiterbildungen ABER

Während sich die deutliche Mehrheit der LehrerInnen mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wünscht, hat bisher nur ein kleiner Bruchteil der LehrerInnen Weiterbildungen zur politischen Bildung besucht. Ziel muss es sein, ein adäquates und ansprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot im Bereich der politischen Bildung anzubieten.

Individuelle Charakteristika erklären Politische Bildung

Warum machen manche LehrerInnen viel, engagierten und partizipativen politisch bildenden Unterricht und andere wenigen? Sowohl für VolksschullehrerInnen als auch für die LehrerInnen der Sekundarstufe 1 konnten verschiedene Typen an Politischen BildnerInnen identifiziert werden: der Typ der Partizipativen, der Typ der Beobachtenden und der Typ der Reservierten. Wobei 41% der LehrerInnen der Sekundarstufe 1 als „partizipative LehrerInnen“, 37% als „beobachtende LehrerInnen“ und 22% als „reservierte LehrerInnen“ bezeichnet werden können. Die VolksschullehrerInnen wurden in zwei Typen unterschieden: 52% „partizipative LehrerInnen“ und 48% „reservierte LehrerInnen“. Diese LehrerInnentypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Sozialisation, ihrem politischen Interesse, ihrem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik und hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber der demokratischen Realität in Österreich sowie gegenüber politischen AkteurInnen voneinander.

Gemeinsam ist den drei Typen eine grundlegend demokratische Einstellung und die Ansicht, dass Politik ein Weg ist, um die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft auszugleichen. Der partizipative Typ verfügt darüber hinaus über ein hohes politisches Interesse, ein hohes Verständnis für Politik und er ist von der Wirksamkeit politischer Partizipation überzeugt. LehrerInnen dieses Typs stehen der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich, den Parteien und PolitikerInnen kritisch, jedoch wohlwollend gegenüber.

Auch der beobachtende Typ äußert ein hohes politisches Interesse und ein ausgeprägtes Verständnis für Politik. An der Wirksamkeit von politischer Partizipation zweifelt er jedoch und die Demokratie-Realität in Österreich mitsamt ihren AkteurInnen betrachtet er durchwegs kritisch.

LehrerInnen des reservierten Typs kennzeichnet ein deutlich geringeres politisches Interesse und eine allgemein geringe politische Selbstwirksamkeit. Die Ausgestaltung von Demokratie in Österreich, Parteien und PolitikerInnen werden sehr kritisch bewertet.

Abhängig von den in diesen Typen gebündelten individuellen Charakteristiken der LehrerInnen unterscheiden sich ihre Einstellungen zu und ihre Gestaltung von politischer Bildung:

LehrerInnen mit geringerem politischem Interesse und geringerem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik integrieren – unabhängig von Schultyp und Fach – weniger politische Bildung in ihren Unterricht. Sie messen außerdem der Vermittlung zahlreicher politischer Kompetenzen weniger Wert zu, im Besonderen trifft dies auf die Vorbereitung zu bzw. die Ermöglichung von politischer Partizipation zu. In der Folge bieten sie ihren SchülerInnen auch weniger Möglichkeiten, politische Handlungen zu setzen.

Folgende Begründung für das geringere Engagement dieser LehrerInnen können aufgezeigt werden: Sie fühlen sich mit dem Unterrichten unterschiedlicher Themen der politischen Bildung weniger vertraut. Dies trifft auf im engsten Sinne politische Themen wie das politische System oder Wahlen ebenso zu wie auf wirtschaftliche Zusammenhänge oder Medien. Hinzu kommt, dass sie in stärkerem Ausmaß Befürchtungen in Zusammenhang mit politischer Bildung äußern und mehr Schwierigkeiten in Hinblick auf die fehlende Ausbildung wahrnehmen.

- Interesse an politischem Leben
- Analyse und Reflexion sind ihnen wichtiger; geben mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Unterricht
- weniger Befürchtungen und Ängste
- wünschen sich mehr Unterrichtszeit für PB und Kooperationen mit externen Organisationen
- besuchen häufiger Fort- und Weiterbildungen

- Vertrauter mit dem Unterrichten von politischer Bildung
- Vermittlung von Wissen häufiger
- Angst vor Parteiwerbung in der Schule häufiger
- wünschen sich mehr Fort- und Weiterbildungen aber auch mehr Unterrichtszeit

Typ 1
Partizipative

Typ 2
Beobachtende

Typ 3 Reservierte

- weniger vertraut mit politischer Bildung
- mehr Befürchtungen zur politischen Bildung allgemein bspw. Parteiwerbung in der Schule
- befürchten häufiger Kritik von den Eltern
- wünschen sich mehr Fort- und Weiterbildungen

Zukunft politischer Bildung

Diese starke Abhängigkeit der politischen Bildung von individuellen Charakteristiken der LehrerInnen macht emanzipatorische politische Bildung an Wiener Pflichtschulen derzeit zu einem Glücksspiel. Soll dem entgegen getreten werden, ist weitere Professionalisierung nötig:

So sollte über eine Präzisierung des Lehrauftrags nachgedacht werden. Die Frage welche politische Bildung sollen SchülerInnen in Österreichs Schulen jedenfalls bekommen muss standardisiert beantwortet werden. Das Verständnis politischer Bildung im engeren Sinn sollte von der Verantwortung der Schulen im Bereich des sozialen Lernens getrennt betrachtet werden. Der bestehende umfassende und offene Auftrag berücksichtigt die unterschiedlichen Ausgangslagen der LehrerInnen nicht und nährt bei LehrerInnen mit geringerem politischem Interesse und geringerem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik Befürchtungen und führt zu Demotivation.

Auch bei der Gestaltung von Unterrichtsmaterialien und Weiterbildungen können die unterschiedlichen Ausgangslagen der LehrerInnen(zusammengefasst in den Typen) mitberücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wünschen sich beispielsweise LehrerInnen mit hohem politischen Interesse und hohem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik mehr Unterrichtszeit für politische Bildung und häufigere Möglichkeiten zur Kooperation mit externen Organisationen. LehrerInnen mit geringerem politischen Interesse und Selbstvertrauen bevorzugen demgegenüber zielführende Aus- und Weiterbildungen.

Im Sinne des Unterrichtsprinzips zentral ist außerdem die Bereitstellung von praktischen Anknüpfungspunkten für alle Fachrichtungen - dort, wo die LehrerInnen sich sicher und wohl fühlen, kann angeknüpft werden.

Das Fort- und Weiterbildungsangebot im Bereich der politischen Bildung auf die unterschiedlichen Typen von LehrerInnen zu evaluieren und ein Ausbau an entsprechenden Angeboten wäre zielführend.

Für die nächsten LehrerInnengenerationen ist eine standardisierte Ausbildung aller LehrerInnen anzudenken.

Nachdem für die SchülerInnen ein umfassendes Kompendium an Kompetenzen, welche sie im Rahmen ihrer schulischen politischen Bildung erwerben sollen, bereit steht, stellt sich die Frage: Welche Kompetenzen benötigen die LehrerInnen, um dieses vermitteln zu können?

Krammer, R. (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.). Kompetenzorientierte Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29.

Krampen, G. (2002): Persönlichkeits- und Selbstkonzeptentwicklung. In: Oerter, R. & Montada, L. (Hrsg.). Entwicklungspsychologie. Weinheim: Psychologie Verlags Union, Seiten 675-710.

Larcher & Zandonella (2014): Politische BildnerInnen 2014. Ein SORA-Projekt im Auftrag der AK Wien und PH Wien.

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch, Demokratie als Lebensform.

Niemi, R. & Hepburn, M. (1995): The Rebirth of Political Sozialisation. Perspectives on Political Science 24 (1), 1-18.

Van Deth, J. Abendschön, S. and Vollmar, M. (2011): Children and Politics: An Empirical Reassessment of Early Political Socialication. Political Psychology 32 (1), 147-174.